

Pressemitteilung vom 08.04.2025

Union und SPD wollen Aufnahme von Geflüchteten auf null senken

„Die Pläne von Union und SPD zeigen, dass sie eigentlich überhaupt keine Geflüchteten mehr aufnehmen wollen. Ständig ist davon die Rede, dass ‚irreguläre Migration‘ reduziert werden soll. Doch statt zumindest sichere und legale Fluchtwege auszubauen, hat Deutschland nun einen Aufnahmestopp beim Resettlement verhängt. Das ist eine fatale Entscheidung, besonders in einer Situation, in der der globale Flüchtlingsschutz aufgrund rechter Angriffe insgesamt so stark unter Druck steht wie nie zuvor. Richtig wäre das Gegenteil: Die Rechte von Geflüchteten müssen auf allen Ebenen gestärkt werden, Aufnahmeprogramme müssen erweitert statt eingestampft werden,“ erklärt Clara Bünger, fluchtpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag, zu Berichten über die Aussetzung der Aufnahme von UN-Flüchtlingen. Bünger weiter:

„Der Aufnahmestopp macht deutlich, wohin die von Dr. Sommer geforderte Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl und dessen Ersetzung durch Kontingentaufnahmen führen würde: In ein Willkürregime, das dem Kalkül der Regierungen unterliegt. Wenn es politisch nicht passt, reduziert man die Aufnahmen eben oder stellt die Programme ganz ein. Um das zu verhindern, braucht es subjektive Rechte, die gegen den Staat einklagbar sind. Ich erwarte von Union und SPD, dass sie sich klar zum individuellen Asylrecht bekennen und Angriffe auf diese Errungenschaft unterlassen.“

Clara Bünger
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sprecherin für Flucht- und Rechtspolitik
clara.buenger@bundestag.de
clarabuenger.de

Clara Bünger
Die Linke